

Ganze Schweiz veränderlich

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **96 (1970)**

Heft 47

PDF erstellt am: **10.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>



Notizen von Oskar Reck
zum hiesigen Lauf der Welt

Beste aller Demokratien

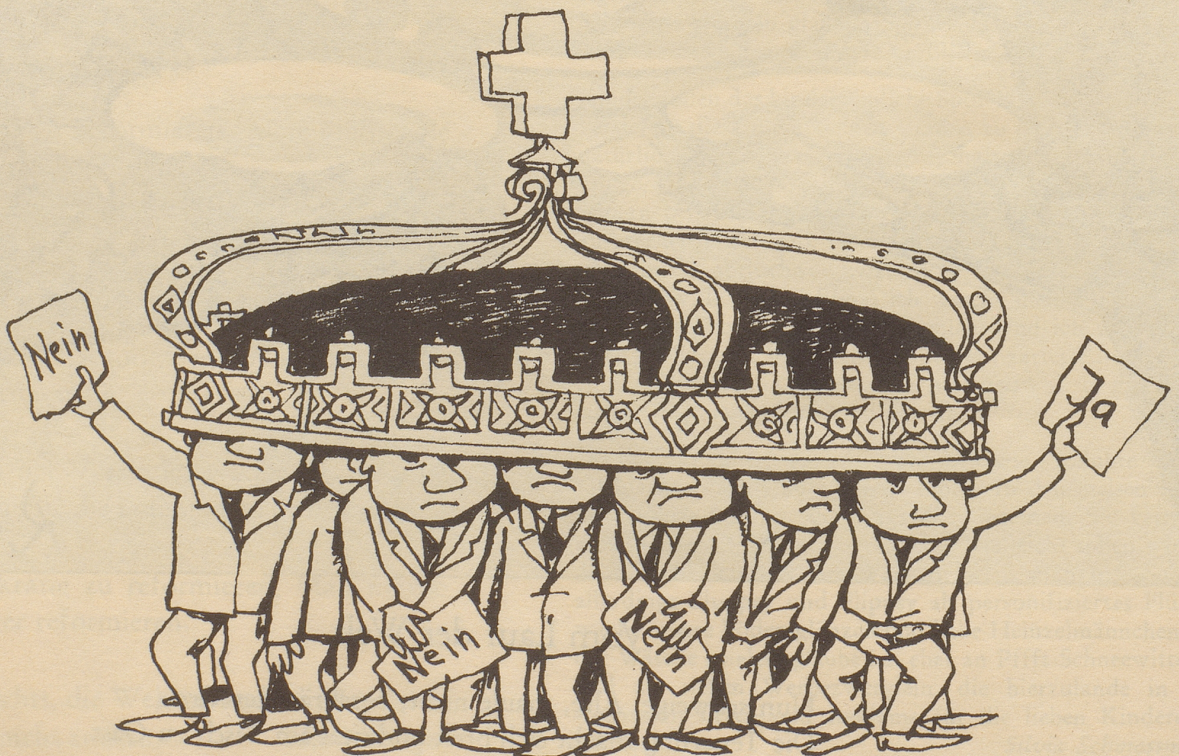
Wir waren in Brüssel; erklärten uns dort – neutral, aber verhandlungswillig – vor dem Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften; erläuterten die Formel von den «besonderen Beziehungen», die wir uns wünschen; und bekräftigten ein neues Mal auch unsern demokratischen Tarif: «Erhaltung der schweizerischen Staatsstruktur» stand über dem entsprechenden Abschnitt. Da geht mit schöner Selbstverständlichkeit von direkter Demokratie und Föderalismus, von Initiative und Referendum die

Rede. Unsere ganze politische Existenz steckt im einen Satz: «Die Schweiz ist demokratisch.»

Wie demokratisch ist die Schweiz? Auf diese Frage gibt es, wie das Beispiel Brüssel erneut zeigte, einen andern Bescheid, wenn Schweizer sie unter sich erörtern, als wenn sie sie mit Ausländern besprechen. Im erstern Falle überwiegt eine seit Jahren sich verschärfende Kritik, die Nahrung in Hülle findet; im zweiten beherrscht der Hinweis das Feld, die schweizerische Spielart der Demokratie sei noch immer unübertroffen. Dabei gibt es bei uns ein stillschweigendes Einverständnis darüber, was in der Eidgenossenschaft als das eigentlich Demokratische zu begreifen sei: die Möglichkeit des Volkes nämlich, mit Unterschriften ein Verfahren zur Aenderung der Verfassung einzuleiten, und das Privileg der Bürger, über vom Parlament erlassene Gesetze in letzter Instanz entscheiden zu können. Diese als «Initiative» und «Referendum» bekannten Volksrechte erscheinen uns als die wichtigsten Träger und die auffälligsten Merkmale der direkten Demokratie. Von ihr aus nimmt sich – in landläufiger schweizerischer Sicht – die repräsentative Demokratie, deren Bürger lediglich das Parlament bestellen, als kärgliche Variante von Volksherrschaft aus.

So gut doch wieder nicht

In unserem eigenen Lande jedoch ist die derzeit praktizierte Demokratie – und der Himmel weiß es: mit guten Gründen – herben Anfechtungen ausgesetzt. Von einem



massiven Abbau der Volksrechte oder gar dem Verzicht auf Initiative und Referendum geht dabei allerdings nicht die Rede, vielmehr beschlagen die Auseinandersetzungen das heikle Problem ihrer Anpassung an gründlich veränderte Verhältnisse. Aus dem Gesetzgebungsstaat des letzten Jahrhunderts ist längst ein Wohlfahrtsstaat und aus diesem ein Leistungs-, ja ein Servicestaat geworden, der kompetent und mit gebotener Eile einer Unzahl von Ansprüchen der modernen pluralistischen Gesellschaft genügen soll. Wie aber verträgt sich der reibungslose Ablauf der Geschäfte im Großunternehmen, das sich Staat nennt, mit dem langwierigen Prozeß der schrittweisen Vorbereitung der Öffentlichkeit auf neue Aufgaben, der geduldigen Orientierung in allen Phasen, der breiten Auseinandersetzung, der unvermeidlichen Verzögerungen und unablässigen Ungewißheiten in der direkten Demokratie? Müssen wir uns auf Grundsatzentscheide durch das Volk beschränken, und in welcher Phase des politischen Entwicklungsprozesses haben diese Entscheide zu fallen, damit die Gebote des Leistungsstaates sich mit jenen der direkten Demokratie versöhnen? Komme nur keiner und bezeichne diese Frage als akademisch! Das Bild der heutigen Schweiz wird deutlich von jenem Bürger mitbestimmt, der dem Staat einen perfekten Service abverlangt und gleichzeitig auf den Volksrechten besteht, so lässig er diese im einzelnen auch ausüben mag.

Schema F stimmt nicht mehr

Natürlich hatten unsere Herren in Brüssel recht: Die Geschichte des schweizerischen Bundesstaates ist zugleich die Geschichte seiner Demokratisierung. Und es war ja wohl unvermeidlich, daß eine solche geschichtliche Ausbildung von Volksrechten auf der Stufe des Bundes, seiner Gliedstaaten und der Gemeinden übermächtig zur Ansicht verlocken mußte, nur so – und auf gar keine andere Weise – könne Demokratie optimal verwirklicht werden. Aber in Wahrheit geht es weder an, den Begriff der Demokratie auf Initiative und Referendum zu verengen, noch stillschweigend staatliche Einrichtungen mit ihrem idealen Gebrauch gleichzusetzen. Vor allem aber kommen wir doch längst nicht mehr an der Einsicht vorbei, daß auch bei uns die Gesellschaft weit über das gesetzte Recht hinaus auf den Staat einwirkt. Das gilt vor allem, wie wir wissen, für viele Bereiche der sozialen Demokratisierung, welche der politischen folgte.

Wir haben aber, wenn wir die Volksrechte zeitgemäß beurteilen wollen, auch die wichtige, ja entscheidende Verschiebung der Machtbefugnisse aus den Kantonen

in den Bund einzurechnen. Und besonders fällt in diesem Zusammenhang immer krasser der Zwang zu Lösungen ins Gewicht, welche die traditionellen Grenzen überschreiten. Je häufiger sich nämlich internationale, interkantonale und interkommunale Regelungen aufdrängen, desto öfter entstehen Zweckverbände mit Kompetenzen, die sich der demokratischen Kontrolle entziehen; denn diese Kontrolle ist auf die hergebrachte Demokratie mit ihrer historischen Gebietseinteilung zugeschnitten, nicht aber auf die neuen, immer häufigeren und immer einflußreicheren Zwischengebilde.

Weniger wäre mehr

Wenn das zu unsinnigen Dimensionen gediehene Abstimmungs- und Wahlpensum der schweizerischen Demokratie auf vernünftige Maße zurückgeführt werden soll, haben die Kantone den wohl wichtigsten Beitrag dazu zu leisten; denn das in den meisten Ständen praktizierte obligatorische Gesetzesreferendum, im letzten Jahrhundert als Durchbruch gefeiert, erzwingt heute in großer Zahl Abstimmungen über gänzlich unangefochtene Vorlagen von oft geringer Tragweite. Aber eine solche Raffung der Volksrechte schafft allein noch keine Remedur. Weitaus gravierender ist die Tatsache, daß unsere materiellen Abstimmungsbefugnisse mit der politischen Wirklichkeit nur noch zu Teilen übereinstimmen. Wir entscheiden, mit andern Worten, über Lappalien und sehen gleichzeitig zu, wie das Parlament Milliardenkredite spricht, die dem Volksverdikt entzogen bleiben. Daneben hat die Frage ihr Recht, ob es nicht sinnvoll wäre, in der modernen Demokratie frühzeitige Grundsatzentscheide auf der Grundlage wirklicher Alternativen statt des bisher praktizierten Verfahrens der spätern Abstimmung über fertige Projekte (ohne Alternativen) einzuführen. Aber auch diese Neuerung hätte angesichts eines immer rascheren Entwicklungsprozesses ihre offenkundige Problematik – womit nicht nur die Grenzen von Reformen sichtbar werden, sondern auch und vor allem die Einsicht durchbricht, daß Demokratie nur zum einen Teil eine Frage der Abstimmungsbefugnisse ist, zum andern aber eine Frage nach dem, was zwischen den Abstimmungen geschieht: an vorausblickender Orientierung durch die Exekutive, an kontinuierlicher Information, an Ermutigung eines öffentlichen Gedankenaustausches, der auf die Regierungstätigkeit und die Behandlung der Sachgeschäfte einwirkt. Was auf diesem Felde ungeschriebener Volksrechte geschieht oder nicht geschieht, hat immer tiefer greifende Folgen.